

Fragen

**für die Fragestunde der 204. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 11. Februar 2009**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 25	Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 18
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 14	Ramelow, Bodo (DIE LINKE.)	17
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 35	Schewe-Gerigk, Irmgard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 20
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)	6, 7	Schummer, Uwe (CDU/CSU)	12
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 24	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	3, 4
Koppelin, Jürgen (FDP)	29	Stokar von Neuforn, Silke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11
Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	26, 30	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 31
Mücke, Jan (FDP)	21, 22	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	1, 32
Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 33	Ulrich, Alexander (DIE LINKE.)	15, 16
Pau, Petra (DIE LINKE.)	27, 28		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	4
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	10

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

1. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Tackmann**
(DIE LINKE.)
Wie bewertet die Bundesregierung die kurze Frist von drei Tagen zur Meldung von Impfschäden bei den Tierseuchenkassen nach Impfung gegen die Blauzungenkrankheit, und wie können eventuell später auftretende Nebenwirkungen oder Impfschäden dem tierhaltenden Betrieb ersetzt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

2. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wie bewertet die Bundesregierung die Weisung des amtierenden NATO-Oberbefehlshabers Bantz John Craddock an die Kommandeure der NATO-Schutztruppe ISAF in Afghanistan, dort mutmaßliche Drogenhändler ohne weitere Geheimdienstaufklärung und Beweiserhebung über etwaige Terrorverbindungen zu töten sowie deren Einrichtungen zu zerstören (SPIEGEL ONLINE, 29. Januar 2009), und haben sich Bundeswehreinheiten an solchen „Captur-or-Kill“-Operationen bereits beteiligt bzw. werden dies tun?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

3. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(DIE LINKE.)
Wann und an wen hat die Bundesregierung die „Untersuchung zum Ausmaß und Umfang von Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen“, wie in der Bundstagsdrucksache 16/9283 vom 27. Mai 2008 angekündigt, in Auftrag gegeben?
4. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(DIE LINKE.)
Was hat die Bundesregierung im Zeitraum Mai 2007 bis Dezember 2008 unternommen, um der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. April 2007 zur Lage der Frauen mit Behinderungen in der Europäischen Union Genüge zu tun (bitte Maßnahmen bzw. Projekte und Verantwortlichkeiten konkret benennen)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

5. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung eine Befragung aller ehemaligen und jetzigen Beschäftigten der Asse durchführen und erheben, inwieweit ungeschützt und/oder ohne Dosimeter in Arbeitsbereichen und/oder mit Materialien gearbeitet wurde, von denen eine Strahlenbelastung ausging, um so aktiv an der Aufklärung der Umstände, die zu einer Leukämieerkrankung eines ehemaligen Asse-Mitarbeiters geführt haben und in deren Zusammenhang die Staatsanwaltschaft Braunschweig jetzt erneut Vorermittlungen gegen den früheren Betreiber der Asse eingeleitet hat, beizutragen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

6. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)
- Worauf verständigte sich die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, mit Vertreterinnen und Vertretern der Länder, der Hochschulen und der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen beim Krisengespräch anlässlich des Zulassungschaos an den Hochschulen, und welche konkreten Schritte plant die Bundesregierung zur Beendigung der prekären Zulassungssituation für Studieninteressierte an Hochschulen?
7. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)
- Wann brachte sich die Bundesregierung mit ihren Vorstellungen, Positionen und Zielen in das Konsultationsverfahren zum Grünbuch „Migration und Mobilität: Chancen und Herausforderungen für die EU-Bildungssysteme“ ein, das offiziell am 31. Dezember 2008 endete, und warum prüfte die Bundesregierung noch in ihrer Antwort vom 5. Januar 2009 die „Möglichkeit einer Beteiligung am Konsultationsverfahren in Form einer gemeinsamen Stellungnahme von BMBF und Kultusministerkonferenz“ (vgl. schriftliche Frage 80 auf Bundestagsdrucksache 16/11816)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

8. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bei welchen Gelegenheiten wurden dem Deutschen Bundestag Informationen bezüglich der Anfragen der USA zur Aufnahme von Gefangenen aus dem Gefangenenlager Guantánamo vorenthalten, bzw. wurde der Deutsche Bundestag falsch informiert (vgl. Artikel in der tageszeitung vom 3. Februar 2009 „Auch Bush wollte Häftlinge loswerden“) (bitte jeweils Ausschussinformation und Fragen einzeln aufzuführen)?
9. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Beiträge hat die Bundesregierung bisher in den im Februar 2007 für die finanzielle Unterstützung der Afghanischen Nationalarmee eingerichteten Treuhänderfonds eingezahlt, und/oder welche Beiträge plant die Bundesregierung in Zukunft in diesen Treuhänderfonds einzuzahlen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

10. Abgeordnete
Silke Stokar von Neuforn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sind die Bürgerinnen und Bürger, wenn sie die vom Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, geplante „De-Mail“ nutzen, auch vor dem „unerwünschten Mitlesen“ durch Sicherheitsbehörden des Bundes wie Bundeskriminalamt, Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik oder Bundesamt für Verfassungsschutz geschützt?
11. Abgeordnete
Silke Stokar von Neuforn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass über die vom Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, geplanten „De-Mail“-Adressen Bundes-trojaner oder andere Mittel der technischen Überwachung in die heimischen PC eingeschleust werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

12. Abgeordneter
Uwe Schummer
(CDU/CSU)
- Wann gedenkt die Bundesregierung die Handlungsempfehlungen des Schlussberichts der Enquete-kommission „Kultur in Deutschland“ (Bundestagsdrucksache 16/7000) zu den Verwertungsgesellschaften im Sinne der kulturtreibenden Vereine umzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

13. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die durch den Spitzenverband der landwirtschaftlichen Sozialversicherung vorgenommene vollumfängliche Zuordnung des Obstbaus zu den landwirtschaftlichen Trägern der Unfallversicherung und die Befürchtung der Gartenbau-Berufsgenossenschaft, durch diese Entscheidung erheblich geschwächt zu werden?
14. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung im Lichte der Entscheidung, den Obstbau vollumfänglich der Landwirtschaft zuzuordnen, die Befürchtung der Gartenbau-Berufsgenossenschaft, im Spitzenverband der landwirtschaftlichen Sozialversicherung durch die Vertreter der Landwirtschaft in strittigen Fragen regelmäßig majorisiert zu werden, und welche Konsequenzen zieht sie daraus?
15. Abgeordneter
Alexander Ulrich
(DIE LINKE.)
- Welche unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen hat das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 20. Januar 2009 in den verbundenen Rechts-sachen C-350/06 und C-520/06 auf die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland?
16. Abgeordneter
Alexander Ulrich
(DIE LINKE.)
- Welcher Anpassungsbedarf ergibt sich aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für die deutsche Gesetzgebung?

17. Abgeordneter
Bodo Ramelow
(DIE LINKE.)
- Inwiefern teilt die Bundesregierung den offensichtlichen Widerspruch zwischen der Auffassung des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Arbeit und Soziales, Klaus Brandner, welcher in der Beantwortung auf die mündliche Frage „kirchliche Träger als Leiharbeitsfirmen“ am 7. Mai 2008 (Frage 9 auf Bundestagsdrucksache 16/9029, Plenarprotokoll 16/159, S. 16776 A) mitteilte, dass im Bereich der Verleihunternehmen die branchenüblichen Regelungen Anwendung finden sowie dass auch beim sog. Dritten Weg dieser mindestens dem Standard der Leiharbeitsbranche unterliegen muss, und des Bundesministers für Arbeit und Soziales, Olaf Scholz, welcher in der Sitzung des Deutschen Bundestages vom 22. Januar 2009 (Plenarprotokoll 16/200, S. 21588 A), mitteilte, dass der sog. Dritte Weg eine besondere Rolle spiele, auf welche Rücksicht genommen werden müsse, da es sich dabei um einen gleichwertigen Weg zu den Tarifverträgen handle, welcher vom Gesetzgeber zu berücksichtigen sei?
18. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen hält es die Bundesregierung für notwendig, den über 700 000 Beschäftigten in der Zeitarbeitsbranche den Schutz vor Lohndumping durch das Arbeitnehmer-Entsendegesetz oder das Mindestarbeitsbedingungengesetz vorzuenthalten und statt dessen eine Mindestlohn-Sonderregelung für die Zeitarbeit im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz festzuschreiben, und welche Vorteile soll dieses gesonderte Verfahren für Zeitarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer bringen, deren Beschäftigungsverhältnisse von einem hohen Risiko zum Beispiel hinsichtlich drohender Arbeitslosigkeit geprägt sind?
19. Abgeordnete
Irmingard Schewe-Gerigk
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was hat die Bundesregierung dazu bewogen, in dieser Legislaturperiode von Initiativen zur Rentengleichung Ost abzusehen, obwohl dies die Bundeskanzlerin mehrfach angekündigt hatte?
20. Abgeordnete
Irmingard Schewe-Gerigk
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Lagen der Entscheidung der Bundesregierung Modellberechnungen zugrunde, und zu welchem Ergebnis kamen diese Berechnungen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

21. Abgeordneter
Jan Mücke
(FDP)
- Bleibt die Bundesregierung vor dem Hintergrund, dass zum einen die Planungen für das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit (VDE) Nr. 8.3 Halle/Leipzig–Berlin einen Ausbau für eine zulässige Geschwindigkeit von 200 km/h vorsehen und zum anderen der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen in seiner erst im Januar 2009 veröffentlichten Publikation „Investitionsbedarf für das Bundesschienenwegnetz aus Sicht der Nutzer“ einen Ausbau des Streckenabschnitts Halle–Bitterfeld auf 200 km/h vorschlägt, bei ihrer Aussage in der Antwort (Bundestagsdrucksache 16/10763) auf die Kleine Anfrage „Entwicklung ost- und mitteldeutscher Eisenbahnverbindungen“ der Fraktion der FDP (Bundestagsdrucksache 16/10632), dass der Ausbau des VDE-Projekts 8.3 – und somit auch des Abschnitts Bitterfeld–Halle – bereits in den Jahren 1991 bis 1995 erfolgt sei?
22. Abgeordneter
Jan Mücke
(FDP)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung zu einem Ausbau des Streckenabschnitts Bitterfeld–Halle, der eine Geschwindigkeit von 200 km/h zulässt?
23. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beabsichtigt die Bundesregierung aktive Eisenbahnverkehrsinfrastrukturpolitik zu betreiben, wenn sie über viele Dinge im Bereich der DB Netz AG keine Informationen besitzt, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Umsetzung von Projekten des Neubaus, Ausbaus und der Erhaltung der Bundesschienenwege in Bayern“ auf Bundestagsdrucksache 16/11730 hervorgeht, und welchen Einfluss hat der Bund auf die DB Netz AG?
24. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen liegen der Bundesregierung keine Informationen beispielsweise zum Abbau von Überholgleisen, zu Weichen und Gleisanschlüssen vor, obwohl das Eisenbahn-Bundesamt in dem einen oder anderen Fall doch involviert sein dürfte, und warum kann die Bundesregierung keine konkreten Angaben zur Höhe der Mittel für bestimmte Projekte aus dem „Arbeitsplatzprogramm Bauen und Verkehr“ (APBV) machen?

25. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die in dem Dokument „Gespräch mit der Deutschen Bahn AG über die Geschäftsbeziehungen des Unternehmens mit der Network Deutschland GmbH am 28. Oktober 2008“ (http://www.volkerbeck.de/cms/files/datenschutz_bei_der_bahn.pdf) benannten Rechtsverstöße durch die Deutsche Bahn AG, ihre Auftragnehmer und Tochterunternehmen (bitte Rechtsverstöße einzeln bewerten: welche Vorschriften wurden danach im Einzelnen durch wen gegenüber wem verletzt), und welche Konsequenzen ziehen die Vertreter der Bundesregierung im Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG bzw. als Eigentümer der Deutschen Bahn AG daraus?
26. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der flächendeckenden Überwachung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Deutschen Bahn AG durch den Bahnvorstand, und zieht die Bundesregierung die Entlassung von Hartmut Mehdorn in Erwägung?
27. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)
- Wie viele der 148 strafrechtlichen Ermittlungsverfahren gegen Beschäftigte der Deutschen Bahn AG, die von 2000 bis 2007 durchgeführt wurden (WELT ONLINE, 30. Januar 2009), wurden von Wolfgang Schaupensteiner in seiner damaligen Funktion als Oberstaatsanwalt in Hessen geleitet, bevor er dann Chief Compliance Officer bei der Deutschen Bahn AG wurde?
28. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)
- Wie heißt die britische Muttergesellschaft der Network Deutschland GmbH, die laut Bericht des Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Dr. Alexander Dix, für die internationale Ausrichtung der Network Deutschland GmbH sorgte, mit der dann wiederum die Beauftragung der Network Deutschland GmbH begründet wurde, und in welcher Beziehung steht sie zu der Argen GmbH in Köln?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

29. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP)
- Was wollte der Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück, mit der Aussage in seiner Rede vom 16. September 2008 (Plenarprotokoll 16/174, S. 18548 B) ausdrücken, als er sagte: „Ich habe mir mehrfach vorgestellt, was wohl passiert wäre, wenn ein sozialdemokratischer Bundesfinanzminister in Deutschland für die Verstaatlichung einer Bank eingetreten wäre“?
30. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(DIE LINKE.)
- Welche Bankvorstände von Banken, die sich unter dem Bankenschirm befinden, haben Boni für 2008 erhalten?
31. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Unternehmen – insbesondere Finanzinstitute gemäß § 2 des Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetzes (FMStFG) –, die staatliche Subventionen oder geldwerte Vorteile im Sinne der §§ 6 bis 8 FMStFG beantragten oder zugesagt bekamen, zahlen nach Kenntnis der Bundesregierung ihren Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern, Mitarbeitern bzw. Agenten gleichwohl noch jährliche Vergütungen über 400 000 Euro (im Sinne von § 5 Abs. 2 Nr. 4 der Finanzmarktstabilisierungsfonds-Verordnung: inklusive Gehälter, Boni, Versorgungszusagen, Abfindungen etc.) oder schütten an ihre Gesellschafter Dividenden bzw. andere ungeschuldete Gewinnanteile aus bzw. planen dies in 2009, und auf welche Höhe wird die Bundesregierung diese Ausschüttungen und Bezüge nun deckeln bzw. überschießende Beträge einziehen oder wegsteuern, nachdem kürzlich der Bundesminister des Auswärtigen einen Dividendenstopp forderte (DER TAGESSPIEGEL vom 26. Januar 2009), der Bundesminister der Finanzen eine Vergütungsgrenze bei 500 000 Euro ankündigte (Handelsblatt vom 15. Oktober 2008) sowie beispielgebend nun US-Präsident Barack Obama für US-Bankmanager bei knapp 400 000 Euro (= 500 000 US-Dollar; FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND, 4. Februar 2009)?
32. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)
- Gibt es für die Angestellten der Geschäftsführung der bundeseigenen Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) Vereinbarungen für Sonder- und/oder Bonuszahlungen, die mit Verkaufs- bzw. Geschäftsabschlüssen der BVVG in Zusammenhang stehen, und wenn ja, wie ist die Gestaltung dieser Sonderzahlungen?

33. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für möglich, falls ein Mitglied der Währungsunion in Zahlungs- oder Finanzierungsschwierigkeiten („Staatsbankrott“) kommen sollte, und ist die Bundesregierung diesbezüglich mit EU-Institutionen und/oder anderen Mitgliedern der Währungsunion im Dialog?
34. Abgeordnete
Britta Haßelmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was bleibt den Kommunen per Saldo von den im zweiten Konjunkturpaket vorgesehenen Investitionshilfen, wenn man die steuerlichen Mindereinnahmen der Kommunen aufgrund des ersten Konjunkturpaketes (Maßnahmepaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“) und des zweiten Konjunkturpaketes (Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland) einschließlich der indirekten Minderung der Einnahmen über den Steuerverbund zum Abzug bringt?
35. Abgeordnete
Britta Haßelmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchen Teilen kann die Bundesregierung die Einschätzung des Institutes für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) bestätigen, dass den Kommunen aufgrund der in Frage 34 genannten steuerlichen Mindereinnahmen in 2009 30 Prozent und in 2010 knapp 60 Prozent der zusätzlichen Investitionsmittel, unter Berücksichtigung der höheren steuerlichen Abzugsfähigkeit von Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung ab 2010 sogar fast zu 80 Prozent in 2010 wieder entzogen werden?

